

Pressekonferenz zum handwerkspolitischen Aschermittwoch des niedersächsischen Handwerkstages (NHT)

Statement von NHT-Präsident Mike Schneider

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiÙe Sie herzlich willkommen zur traditionellen Aschermittwoch-Presskonferenz. Ich hoffe sehr, Sie alle hatten einen guten Jahresstart!

Rückblick: Vor einem Jahr haben wir uns zum Aschermittwoch ebenfalls zusammengefunden. Unsere damalige Betriebsumfrage wurde noch vor dem kriegerischen Überfall auf die Ukraine durchgeführt. Schon zu diesem Zeitpunkt waren die Beschaffungspreise und die Energiekostenbelastungen die größten Herausforderungen des niedersächsischen Handwerks.

Dass das letzte Jahr im weiteren Verlauf - vor allem für die energieintensiven Gewerke, wie z.B. Textilreiniger, Wäschereien, Fleischereien oder Bäckereien - weitere Belastungen gebracht hat und alles andere als einfach war, ist bekannt. Es ist deshalb kein Zufall, dass wir uns heute im Bäckeramtshaus in Hannover zusammengefunden haben.

Wir laden immer mal wieder gern in eine Werkstatt ein, heute also in eine Backstube, damit wir Ihnen das richtige Handwerks-Feeling vermitteln können, bevor wir Sie mit Fakten und Einschätzungen versorgen. Hier im Bäckeramtshaus werden Auszubildende im Rahmen der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung ebenso ausgebildet wie angehende Bäckermeisterinnen und Bäckermeister. Die überbetrieblichen Bildungsstätten sind wichtige Lernorte im Rahmen der qualifizierten Ausbildung im Handwerk. Dazu komme ich am Ende meiner Ausführungen noch einmal.

Wie aber sieht der Status Quo im Handwerk zu Jahresbeginn 2023 insgesamt aus – heute, in einer Zeit, in der Lieferschwierigkeiten, Material- und Rohstoffengpässe und hohe Energiepreise in den Betrieben Alltag geworden sind?

An der diesjährigen Blitzumfrage zum Jahresauftakt haben sich - wie im Vorjahr - wieder über 800 Betriebe aus den verschiedensten Bereichen des Handwerks beteiligt.

I. Zunächst zur Gesamteinschätzung der wirtschaftlichen Lage im Handwerk

Unsere Blitzumfrage im Januar 2023 zeigt:

Die wirtschaftliche Gesamtlage im Handwerk ist derzeit überraschend robust. Knapp 90 Prozent der Betriebe bewerten ihre Lage zum Jahresstart 2023 als „gut“ oder „befriedigend“, nur etwas mehr als 10 Prozent sind „unzufrieden“.

Damit ist die Lagebewertung im Handwerk insgesamt deutlich besser als erwartet und auf einem ähnlichen Niveau wie vor dem Krieg gegen die Ukraine.

Aber:

Die Stimmungslage in den Betrieben hat sich weiter deutlich verschlechtert. **Knapp 40 Prozent** der befragten Betriebe gehen von einer rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Halbjahr aus. Der Anteil der Betriebe mit einer pessimistischen Erwartungshaltung hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Es stellt sich die Frage: Was konkret trägt zu dieser pessimistischen Erwartungshaltung bei? Warum ist die Stimmungslage so schlecht?

Wir haben die Betriebe deshalb – wie im letzten Jahr - nach ihren Herausforderungen für das laufende Jahr befragt.

III. Herausforderungen für das niedersächsische Handwerk

Anhand der Grafik in Ihrer **Pressemappe** können Sie folgendes Ranking nachvollziehen:

Platz 1

Die Betriebe geben die Bürokratie als die größte Herausforderung an. Damit haben wir in Anbetracht der aktuellen Problemfelder nicht gerechnet. Die **Bürokratie** ist damit trauriger Spitzenreiter im Ranking – noch vor den Energiekosten. Traurig, weil die Handwerksorganisationen die anfallende Bürokratie seit vielen Jahren anprangern. In der Vergangenheit haben wir darauf in fast jeder Aschermittwochs-PK aufmerksam gemacht. Eigentlich sollte man meinen, dass sich das Ausmaß der Bürokratie irgendwann reduziert. Stattdessen beobachten wir, dass sich die anfallenden Dokumentations- und Nachweispflichten stetig ausweiten.

Zur Übersicht: Von 70 Prozent der befragten Unternehmen wird in der wachsenden Bürokratie die **größte** Herausforderung gesehen.

Dass statt einer Entlastung zunehmend mehr und mehr bürokratieintensive Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht werden und sich auf den kleinbetrieblichen Sektor auswirken, zeigt **ein Beispiel, bei dem man nicht zuerst an kleine Betriebe denkt:**

Die Europäische Union stimmt bald über das europäische Lieferkettengesetz ab. Das Gesetz hat die grundsätzlich richtige Zielsetzung – nämlich die Einhaltung von Menschenrechten, nachhaltige Unternehmens- und Managementsysteme sowie klima- und umweltpolitische Kriterien im Verhalten von Unternehmen sicherzustellen. Der Fokus liegt zunächst auf Großunternehmen. Aber auch kleine Betriebe werden mittelbar einbezogen, wenn sie als Zulieferer für die Großunternehmen arbeiten, die im Anwendungsbereich der Lieferkettenverordnung liegen.

Dokumentations- und Berichtspflichten werden dann sozusagen „durchgereicht“. So kann es passieren, dass beispielsweise mittelständische Automobilzulieferer ebenfalls zusätzliche bürokratische Pflichten erfüllen müssen.

Die Unternehmerfreude und -gestaltungskraft wird nicht durch eine Einzelregelung, aber durch die Vielzahl an Vorhaben erheblich eingetrübt. Dies hat zunehmend Einfluss auf die Bereitschaft, sich selbständig zu machen oder auch Betriebe zu übernehmen. Es stellt sich die Frage: Wer will als Unternehmer oder Unternehmerin am Ende noch die Verantwortung für die Einhaltung aller Regelungen übernehmen?

Platz 2

An zweiter Stelle im Ranking der Herausforderungen stehen die Energiekosten. 66 Prozent der Umfrage-Teilnehmenden stufen sie auch weiterhin als große Herausforderung ein.

Im Durchschnitt sind die Energiekosten von niedersächsischen Handwerksbetrieben von Januar bis Dezember 2022 um circa 67 Prozent gestiegen. Das zeigt eine Umfrage des ZDH aus dem Spätherbst 2022, die wir unserer Pressemappe ebenfalls beigelegt haben. Angesichts der konjunkturellen Rückmeldungen unserer Betriebe und des aktuell rückläufigen Preisdrucks sind wir aber vorsichtig optimistisch, was die Bewältigung der Energiekrise angeht. Ein wichtiges Instrument in diesem Zusammenhang sind die Gas- als auch die Strompreisbremsen, die rückwirkend ab März 2023 wirken sollen.

Wir haben die Betriebe gefragt: Wie bewerten Sie die Energiepreisbremsen?

30 Prozent der Betriebe haben sie als „zielführend“ bewertet. Allerdings stufen die übrigen 70 Prozent der Betriebe sie als „weniger oder überhaupt nicht zielführend“ ein. Als Gründe führten sie an:

- **Zu späte Reaktion und unklare Kommunikation:** Für viele Betriebe hat die Politik auf Bundesebene zu spät auf die Sorgen des Mittelstands reagiert, die unklare politische Debatte hat weit über den Sommer hinaus viele Betriebe stark verunsichert.
- **Gefühl einer Gerechtigkeitslücke:** Zunächst war das Energiekostendämpfungsprogramm (kurz EKDP) das einzige Zuschussprogramm. Handwerksbetriebe – auch die energieintensiven Branchen - waren davon nahezu vollständig ausgeschlossen. Das hat zu viel Unverständnis geführt und auf dem Weg bis Jahresende viel Porzellan zerschlagen.
- Zudem hatten viele Betriebe ihre innerbetrieblichen Prozesse mit Blick auf Ressourceneffizienz **auf Öl oder Pellets** umgestellt, um einen Beitrag zu den landes- und bundesweiten Nachhaltigkeitszielen zu leisten. Diese Anstrengung blieb jedoch im Rahmen der Energiepreisbremsen unberücksichtigt und hinterließ das Gefühl, bestraft zu werden.

Zusammengefasst: Die Energiepreisbremsen sind grundsätzlich wichtige Instrumente, um die Betriebe kurz- und mittelfristig zu entlasten. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass das Vorgehen der Bundesregierung zu viel Frustration geführt hat.

Lob an die niedersächsische Landesregierung: Im Dezember 2022 wurde die Wirtschaftshilfe KMU von der niedersächsischen Landesregierung auf den Weg gebracht, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der hohen Energiekosten speziell auf kleine und mittlere Betriebe abzufedern.

Unsere Umfrage zeigt:

- Ungefähr jeder fünfte Betrieb erfüllt nach eigenen Angaben die Grundvoraussetzung für eine Antragstellung (also eine Verdopplung der Energiekosten zzgl. 3000 EUR zwischen Juli und Dezember 2022 im Vergleich zum Vorjahr).
- 37 Prozent der befragten Betriebe konnten zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht abschätzen, wie stark sich ihre Energiekosten erhöht haben.

Wir gehen davon aus, dass das Entlastungsprogramm der Landesregierung einige der von der Bundesebene hinterlassenen Lücken grundsätzlich füllen kann mit Ausnahme der Bäckereien mit mehr als 250 Beschäftigten. Das ist noch zu klären – ggf. auch auf Bundesebene.

Es ist wichtig, dass im Rahmen der niedersächsischen Wirtschaftshilfe ab morgen unbürokratische Antragsabläufe für die Betriebe gewährleistet sind.

Minister Lies hat nach unserer Einschätzung vorausschauend 100 Millionen Euro in diesem und 200 Millionen Euro im nächsten Jahr vorgesehen. Das ist eine gute Entscheidung, denn das Thema Energiekosten wird weiterhin für die Betriebe ein großes Thema bleiben.

Damit kommen wir zur dritten Herausforderung, die nicht neu ist, aber die Betriebe ganz erheblich belastet.

Platz 3

Die Fachkräftegewinnung: Wie auch im vergangenen Jahr bleibt die Suche nach qualifizierten Handwerkerinnen und Handwerkern eine große Herausforderung: Fast 64 Prozent – also knapp zwei Drittel - der befragten Unternehmen meldeten, dass die Suche nach Fachkräften schwierig ist.

Insgesamt zeigt unsere Umfrage:

- in **mehr als der Hälfte aller Handwerksbetriebe wird die wirtschaftliche Entwicklung** durch den Fach- und Arbeitskräfteengpass **ausgebremst**.
- **in fast drei Viertel der Betriebe** müssen die Handwerkskunden heute **längere Wartezeiten** in Kauf nehmen. Neben dem Fachkräfteengpass werden dafür aktuell hohe Krankenstände, Materialmangel und schleppende Genehmigungsprozesse verantwortlich gemacht.

Gesucht wird nahezu in allen Gewerken, im Fokus stehen vor allem die klimarelevanten Berufsgruppen. Hier zeigt sich etwas Licht am Ende des Tunnels: Bei den Elektronikern für die Energie- und Gebäudetechnik und den Anlagenbauern für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik verbuchen wir entgegen dem allgemeinen Trend wachsende Ausbildungszahlen. Und das ist auch gut so, nur mit mehr Fach- und Arbeitskräften ist die Umsetzung der Energie-, Klima- und Verkehrswende möglich.

Das Fazit lautet: Keine Wende ohne Hände.

Platz 4

Die Beschaffungspreise für Rohstoffe und Materialien bleiben eine massive Belastung, auch wenn sie in der Rangliste nicht mehr ganz oben stehen. Sie wurden von 60 Prozent der befragten Unternehmen als große Herausforderung angegeben. Sie sind inzwischen deutlich belastender für die Betriebe als z.B. **Materialengpässe**, die deutlich weniger häufig auftreten als noch vor einem Jahr.

Zunehmende Sorgen machen den Betrieben auch die **hohen Steuer- und Sozialabgaben**. Speziell die steigenden Sozialabgaben, die den Preisdruck zusätzlich erhöhen, treffen das arbeitsintensive Handwerk überproportional hart. Dabei ist wichtig zu wissen: Das Handwerk ist mehr als doppelt so arbeitsintensiv im Vergleich zur Industrie.

Insgesamt ist festzuhalten: Handwerksbetriebe müssen mit immer höheren Kosten rechnen. Die dafür erforderlichen Preissteigerungen können jedoch - wie die Umfrage zeigt - nicht 1:1 an die Kunden weitergegeben werden.

Wir haben unsere Mitgliedsbetriebe gefragt:

Welche Auswirkungen haben die Preissteigerungen auf die bestehende Auftragslage in Ihrem Betrieb?

- **mehr als jeder zweite Betrieb verzeichnet eine zunehmende Zurückhaltung beim Kauf bzw. bei der Vergabe von Aufträgen** durch die Handwerks-Kunden.
- **20 Prozent der Betriebe melden eine zeitliche Verzögerung** in Kauf und Auftragsvergabe durch die Kundschaft.

Nicht selten müssen sich Betriebe durch die veränderte Preislage mit Nachtragsverhandlungen auseinandersetzen und sich für höhere Preise rechtfertigen oder -nachlässe geben. Das kann weitgehende ökonomische, aber auch soziale Auswirkungen haben. Ein Beispiel: Einige Wäscherei-Betriebe, die Dienstleistungen für Pflegeheime und Krankenhäuser anbieten, machen aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise wirtschaftliche Verluste. Als Folge davon sind die Betriebe gezwungen, die Verträge mit den Krankenhäusern aufzulösen, um den eigenen Betrieb zu schützen. Das ist ein großes Problem, da 95 Prozent aller Krankenhäuser in Deutschland und zwei Drittel aller Pflegeheime von der Branche mit hygienischer Berufskleidung und Wäsche versorgt werden.

- Nur **jeder vierte Betrieb** spürt bis dato seitens der Kunden **kein verändertes Kauf- und Auftragsverhalten**.

Die Auftragszurückhaltung insgesamt ist noch einmal deutlich spürbarer, wenn Finanzierungsvorhaben seitens der Kundinnen und Kunden an Bau- oder Verbraucherkredite gebunden sind, wie etwa im Bau- und Ausbauhandwerk. Speziell im Bauhandwerk ist der Neubau davon betroffen. Viele Betriebe berichten von Auftragsstornierungen oder -verschiebungen – etwa wenn sich private Häuslebauer dafür entscheiden, die weitere Preisentwicklung vor Auftragsvergabe abzuwarten.

IV. Politische Handlungsnotwendigkeiten

1) Wir brauchen eine Taskforce Bürokratievermeidung und -abbau über die Weiterentwicklung der Clearingstelle

Wir sind der Auffassung, es müsste nicht nur eine Taskforce Energiewende, sondern vielmehr **eine übergreifende Taskforce Bürokratievermeidung und -abbau** auf den Weg gebracht werden. Die Bürokratie bremst aus und kostet Kraft. Es wäre wichtig die bisherige Clearingstelle entsprechend weiterzuentwickeln und nicht mit einer neuen **Befristung auszustatten und sie damit zu schwächen. Es ist längst überfällig, dass die Clearingstelle als dauerhafte und fachliche Institution von der Landesregierung und den verschiedenen Ressorts mitgedacht und einbezogen wird.**

2) Wir brauchen gezielte Maßnahmen, um dem Fachkräfteengpass begegnen zu können, d.h. Werkunterricht in den Grundschulen und darüber hinaus, eine breite Berufsorientierung an allen Schulformen, um jungen Menschen mehr Hilfestellung bei der Berufswahl zu geben. Zudem ist eine angemessene finanzielle Ausstattung beruflicher Lernorte, wie den überbetrieblichen Bildungsstätten – von zentraler Bedeutung und muss im Nachtragshaushalt berücksichtigt werden.

3) Wir brauchen vor dem Hintergrund der Preissteigerungen eine Entlastungsoffensive, d.h. einen Abbau des Mittelstandsbauches in der Einkommenssteuer, ein Einfrieren des Sozialversicherungsbeitrages auf max. 40 Prozent

und, um den Menschen in Niedersachsen den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern, eine Absenkung der Grunderwerbssteuer auf 3,5 Prozent – wie z.B. in Bayern.

4) Wir brauchen eine wirksame Schwarzarbeitsbekämpfung

Das allgemein gestiegene Preislevel übt spürbaren Druck sowohl auf die Betriebe als auch auf die Kundschaft aus. Das führt dazu, dass illegale wirtschaftliche Tätigkeiten verstärkt Bedeutung erhalten, der Wirtschaft und damit auch dem Handwerk schaden und dem Staat Steuer- und Sozialabgaben entziehen. Die Anstrengungen zur Schwarzarbeitsbekämpfung müssen wieder intensiviert werden. Hier sprechen wir insbesondere die Kommunen an.

5) Wir müssen Ernst machen mit der Stärkung regionaler Kreisläufe im Sinne von mehr Nachhaltigkeit

Über das Programm „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (kurz GRW-Förderung), dem wichtigsten Wirtschaftsförderprogramm in Niedersachsen, wurde nun auch die Möglichkeit geschaffen, dass regional aufgestellte Betriebe, die ihre Produkte und Dienstleistungen vor Ort verkaufen, berücksichtigt werden. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Früher war die Förderung auf Betriebe, die über 50 Prozent ihres Umsatzes in einem Umkreis von über 50 km erwirtschaften, ausgerichtet.

Das macht heute keinen Sinn mehr, wenn Wegezeiten und Transporte vermieden und die regionale Wertschöpfung gestärkt werden sollen. Unverständlicherweise sind noch immer das **Bau- sowie das Kfz-Gewerbe und auch die Bäcker** weitgehend von der GRW-Förderung ausgeschlossen.

Wir appellieren an die Landesregierung, Handwerkspotenziale auf dem Land verstärkt zu erschließen und dafür Sorge zu tragen, dass kleinbetriebliche Strukturen in der GRW-Förderung vermehrt Berücksichtigung finden.

Denn wenn der letzte Bäcker oder Fleischer schließt, sterben Orte in ländlichen Räumen, die auch nicht oder nur schwer revitalisiert werden.

Wir müssen jetzt vom Krisen- in den Zukunftsmodus schalten – oder wie Minister Lies sagt: den Strategiemodus - und das heißt, die Rahmenbedingungen nachhaltig und zukunftsorientiert gestalten.

Für Fragen stehen wir jetzt gerne zur Verfügung!

Vielen Dank.